

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Februar 1984

Evangelische Verantwortung

Heft 2/1984

Wohin führt der Weg der evangelischen Kirche?

Gerhard Rödding

Nachfolgende Rede des Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen-Lippe, Dr. Gerhard Rödding, MdL, auf der Landestagung am 3. September 1983 in Dortmund, ist kein Signal zum Rückzug, sondern vielmehr herausfordernde Ermutigung, Arbeit und Verantwortung in unserer Volkskirche im Interesse ihrer Erhaltung zu übernehmen.

Wir haben im Evangelischen Arbeitskreis eine politische Aufgabe; wir haben keine kirchliche oder gar eine religiöse. Unsere Aufgabe besteht darin, evangelische Christen politisch anzusprechen und sie für unsere Ziele zu gewinnen, wobei deutlich gemacht werden muß, daß diese Ziele auf dem Boden des christlichen Glaubens gewachsen sind und daß wir uns daher der langen christlichen Tradition verpflichtet wissen. Das bedeutet auch, daß wir uns in unseren Entscheidungen an ethische Grundsätze gebunden wissen, die in der christlichen Tradition entwickelt worden sind. Wir sehen es als unsere Pflicht an, in der Arbeit unserer Partei daran immer wieder zu erinnern.

Aber das bedeutet ja nun jedenfalls nach dem evangelischen Verständnis nicht, daß etwa die Kirche die ethischen Grundsätze bekannt gibt und wir sie in Politik umsetzen. Sondern das fordert zu einem Dialog heraus, der von beiden Seiten in Offenheit und Ehrlichkeit geführt werden sollte. Dabei werden die unterschiedlichen Aufgaben respektiert, die die Kirche einerseits und eine politische Partei andererseits haben. Es ist auch meines Erachtens nichts dagegen einzuwenden, wenn die Kirche in manchen Fragen grundsätzlicher, ja radikaler spricht, langfristige Perspektiven als eine Partei hat, die ja immer auch Kompromisse mit anderen, ja Kompromisse mit der Realität schließen muß.

Es war in den letzten Jahren eine unserer Hauptaufgaben, einen solchen Dialog zu führen und auch in schwieriger Zeit das Gespräch mit den Kirchen

nicht abreißen zu lassen. Unsere drei wichtigen Tagungen „Brauchen wir eine neue Ethik?“, „Was sagt die Bibel zum Frieden?“, „Schöpfungsglaube und Umweltschutz“ haben das bewiesen. Ich bin froh, daß wir immer wieder kompetente, sachkundige Vertreter von Theologie und Kirche gefunden haben, die mit uns vorbehaltlos in ein Gespräch eingetreten sind.

Ich glaube, daß wir gerade diese Arbeit fortsetzen sollten. Der neue Vorstand wird sich damit zu beschäftigen haben.

Wenn wir nun von uns aus um unserer Grundsätze willen auf einen Dialog mit der evangelischen Kirche drängen, dann ist es selbstverständlich, daß wir die Kirche auch kritisch begleiten. Ein Dialog kann ja nicht darin bestehen, daß der eine den anderen kritisiert und dieser das dann lammfromm entgegenzunehmen hat. Wir brauchen nicht unbedingt stramm zu stehen, wenn ein Pfarrer redet, und wir brauchen nicht alles widerspruchslos hinzunehmen, was von Kanzeln heute in die Welt gesetzt wird. Wenn wir uns nicht verschließen, sondern das Gespräch mit unserer Kirche suchen, dann können wir auch erwarten, daß auf der anderen Seite ein Partner steht, der es ehrlich meint und der glaubwürdig ist. Und dann dürfen wir das natürlichste von der Welt erwarten, daß auch er unserer Kritik gegenüber aufgeschlossen ist; denn unsere Kritik dient ganz gewiß nicht dazu, der Kirche zu schaden.

In den letzten Monaten habe ich zunehmend mehr Christen getroffen, die von ihrer Kirche enttäuscht sind und die mich um Rat gebeten haben, ob sie aus der Kirche austreten sollen. Selbstverständlich habe ich immer dazu geraten, das auf keinen Fall zu tun; denn schließlich dürfen wir uns ja nicht selbst von unseren geistigen Grundlagen abschneiden, auf denen wir stehen. Außerdem ist mit einem solchen

Schritt niemandem gedient. Ganz im Gegenteil, wir müssen unsere Mitglieder wieder auffordern, in der Kirche mitzuarbeiten, sich bei den kommenden Presbyterwahlen zur Verfügung zu stellen, wieder eine kirchliche Aufgabe zu übernehmen in christlichen Vereinen und kirchlichen Vorständen, in der Jugendarbeit und im Diakonischen Werk. Dabei müssen wir sogar erwarten, daß manche, die in der Politik schon ein gerütteltes Maß an Arbeit haben, diese Aufgabe noch zusätzlich übernehmen. Es führt daran leider kein Weg vorbei, wenn wir Boden in der Kirche gewinnen und unsere geistige Basis nicht verlieren wollen. Es handelt sich auch unsererseits dabei nicht um einen „langen Marsch durch die Institutionen“, sondern wir tun damit nur das, was seit je her unter uns üblich war.

Aber das kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Christen bezüglich ihrer Kirche aufs höchste heute verunsichert sind. Wenn jemand sein ganzes Leben in der Kirche mitgearbeitet hat und sich mit 70 Jahren überlegt, ob er austreten soll, weil er sich fremd und ausgeschlossen fühlt, dann bewegt mich das. Und wenn wir uns den Grundlagen dieser Kirche verpflichtet fühlen, dann geht uns das auch etwas an. Und so sind heute in der Tat einige Fragen zu stellen.

Für viele war die Weltkirchenkonferenz in Vancouver ein Anlaß aufzumerken und Kritik zu üben. In der Tat: Jedermann wußte, was passieren würde, wenn man Dorothee Sölle reden ließe. War das nicht zu verhindern? Sind die deutschen Kirchen nur der Zahlmeister der Ökumene? Ist die geistige Kraft der deutschen Kirchen so erlahmt, daß niemand auf den Gedanken kam, eine andere Persönlichkeit zu bitten? So mußte man also hören, daß die Mauer, die der Kapitalismus in unserem Lande aufgerichtet habe, schlimmer sei als die Berliner Mauer. Da wurde vor der kirchlichen Weltöffentlichkeit unser Land so dargestellt, als sei das Leben in ihm das schlimmste, was passieren könne. Ja, da mußten sich selbst die Kirchen in Deutschland sagen lassen, daß sie total unglaubwürdig seien. Gewiß, Bischof Lohse hat das alles zurückgewiesen. Manche hätten sich eine deutlichere Distanzierung gewünscht. Ich frage: Kann es denn überhaupt nicht verhindert werden, daß der deutsche Protestantismus sich in den Medien vor der Öffentlichkeit durch abseitige Figuren, die weder Amt noch Funktion in dieser Kirche haben, darstellt? Das gilt im übrigen auch für die ehrwürdige Ruheständler Kurt Scharf, Ernst Wilm und Martin Niemöller. Ich will ja nicht, daß sie schweigen. Aber die Kirche kann doch nicht zusehen, daß immer wieder der Eindruck entsteht, hier rede der deutsche Protestantismus durch die ersten seiner Vertreter.

Nun, Vancouver ist fern und Scharf, Wilm und Niemöller haben ein Lebensalter zwischen 80 und 90 Jahren. Da kann man über manches gewiß hinwegsehen. Wichtiger ist jedoch etwas anderes. Da beteiligen sich 33 von 46 rheinischen Superintendenten, etwa dreiviertel aller, an einer offiziellen Veranstaltung der Friedensbewegung. Mein rheinischer Kollege, Dr. Hans-Ulrich Klose, hat dazu deutlich und kritisch Stellung genommen. In Westfalen ergab sich

ein solcher Anlaß noch nicht. Trotzdem ist der rheinische Vorfall eine Herausforderung an uns, Stellung zu nehmen.

Es ist das natürlichste der Welt, daß die Kirche zum Frieden mahnt, auf Abrüstung dringt. Wir brauchen dafür zwar keine besondere Grundlegung, gewissermaßen einen theologischen Unterbau oder eine kirchliche Überhöhung. Für den Frieden einzutreten, ist Sache des Staates ohnehin. Es gehört gewissermaßen zu den Staatszwecken, Frieden zu schaffen und zu erhalten – nach innen und nach außen. So ist der Friede eine Sache der Vernunft. Etwas anderes kann die Kirche im Grunde auch nicht sagen, eine andere Erkenntnis hat sie nicht – es sei denn, sie rede von dem Frieden, der „höher ist als alle Vernunft“, aber das ist der Friede, den allein Gott stiften kann. Den hat die Kirche auch nicht in der Hand und zur Verfügung. Ich nehme es aber der Kirche ab, wenn sie als eine große Organisation, die eine gewisse Autorität hat, zum Frieden mahnt und auf Abrüstung drängt. Aber was ich verurteile, ist, daß sie sich dazu bereit findet, politischen Druck hinsichtlich der Methode der Friedenssicherung auszuüben. Das aber tut sie, wenn sie sich als offizielle Kirche einer politischen Gruppierung anschließt, wenn Pastoren und Superintendenten in ihren Ämtern sich zur Partei machen. Das ist nicht die Art der Kirche zu handeln. Vielmehr zeigt sich, daß sie ihrem eigenen Wort nicht mehr traut, das nach reformatorischer Ansicht ihre einzige Waffe ist. Ist sie sich ihres Wortes so unsicher, daß sie handeln muß wie eine politische Partei? Damit schadet sie sich auf diese Weise selbst am meisten.

Ich fürchte, die zu erwartenden Unruhen im Herbst werden begleitet sein von einer Welle von Kirchenaustritten, und zwar diesmal nicht von Menschen, auf die man gern verzichten kann, weil sie sich innerlich schon lange von der Kirche gelöst haben, sondern von solchen, denen dieser Weg sehr schmerzlich ist. Ich hoffe, daß ich mich täusche, aber ich fürchte eine ganze Menge.

Die letzte westfälische Landessynode hat sich mit der Frage nach dem Frieden beschäftigt. Wir haben zu den Beratungen Stellung genommen. Ich habe im Auftrag des Vorstandes einen Brief geschrieben, der mit anderen Mitgliedern des Vorstandes abgestimmt war und der auch von Mitgliedern des Landesvorstandes der CDU Westfalen-Lippe gebilligt worden ist. Dieser Brief hat auf der Synode eine ziemlich große Rolle gespielt. Selbstverständlich ist er kein offizieller Verhandlungsgegenstand gewesen, aber viele fühlten sich bestärkt in ihrer Haltung zur Abrüstung und zum Nato-Doppelbeschluß. Einige haben mir gesagt, daß sie sich in ihrer Kirchengemeinde oder im Kirchenkreis in die Ecke gestellt fühlten, weil sie von lauter „Friedenskämpfern“ umgeben seien. Unser Brief erst habe ihnen in der Kirche wieder das Gefühl gegeben, mit ihrer Auffassung nicht allein zu sein. Ich meine, wir sollten diese Form der Stellungnahme pflegen und bald wieder einen Brief an die Synode richten, weil diese sich ja auch in diesem Jahr wieder einem politischen Thema zuwendet, nämlich der Frage nach der Arbeitslosigkeit.

Im übrigen will ich nicht verschweigen, daß ich mich gewundert habe. Ich hatte den Brief ordnungsgemäß an den Präses der Synode, Herrn Dr. Heinrich Reiss, gerichtet, mit der Bitte, ihn den einzelnen Synodalen weiterzugeben. Der Präses schrieb mir damals zurück, mein Brief sei interessant, er könne aber aus grundsätzlichen Erwägungen der Synode nicht weitergegeben werden. Wir haben ihn dann unmittelbar an die Synodalen gerichtet. Dieses Verhalten hat mich höchst befremdet.

Man stelle sich vor, der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen würde an den Landtag schreiben und der Landtagspräsident würde ihm antworten, aus grundsätzlichen Erwägungen könne er den Brief den Abgeordneten nicht weitergeben. Ich überlasse Ihnen die Wertung dieses Vorgangs.

Das Ergebnis der westfälischen Synode war akzeptabel. Es liegt in etwa auf der Linie der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland und verfolgt eine mittlere Linie. Wenn ich allerdings auf manche Aktivitäten in den Kirchengemeinden blicke, dann frage ich mich, wie lange diese Linie noch von der westfälischen Kirche verfolgt werden kann. Dabei fällt mir die doktrinäre und intolerante Haltung mancher Pastoren besonders auf. Sie meinen, ihre politische Auffassung direkt aus der Bibel ableiten zu können. Unter Mißachtung aller historischen und exegetischen Kategorien, die ein ordentlicher Theologe beherrschen muß, schließen sie z. B. vom Gebot der Feindesliebe in der Bergpredigt direkt auf den Nato-Doppelbeschluß. Wie unhistorisch das ist, zeigt sich z. B. schon darin, daß Matthäus die Sprüche Jesu in der Bergpredigt gesammelt hat, als das römische Reich durch Truppen seine Grenzen scharf sicherte. Daran hat im Neuen Testament niemand Anstoß genommen, weil es sich um eine von allen anerkannte Aufgabe des Staates handelte. Ich will jetzt nicht in die Einzelheiten eintreten, aber schon diese simple Beobachtung zeigt, wie unmöglich es ist, einzelne Aussagen des Neuen Testaments ohne historische Reflektion direkt in unsere Zeit zu übertragen. Dabei geht nicht nur ein Stück theologischer Kultur zugrunde, sondern dies führt auch zu einer doktrinären und intoleranten Haltung. Frieden zu erhalten ist Sache der Vernunft, ist höchste und wichtigste Aufgabe des Staates. Rezepte für die Friedenssicherung jedoch aus der Bibel abzuleiten und sich mit seinen politischen Aussagen darum auch in allen Einzelheiten auf die höchste Autorität zu berufen, behindert die in der Demokratie notwendige Diskussionsbereitschaft.

In der Demokratie wird die Politik nämlich nicht aus den ewigen Wahrheiten abgeleitet, sondern sie ist Sache der Mehrheitsentscheidung. Wer stets Zitate aus der Bergpredigt oder auch sonst aus dem Neuen Testament auf der Zunge hat, verfälscht nicht nur die Bibel, sondern mißachtet die demokratischen Spielregeln. Genau das hat Heiner Geissler gemeint, als er der evangelischen Kirche vorwarf, sie habe noch kein richtiges Verhältnis zur Demokratie gefunden. Und wer lange innerhalb der Kirche gearbeitet hat, weiß, wie richtig diese Behauptung ist.

Ich meine, man könne sogar sagen, daß in der evangelischen Kirche eine „innere Gegenreforma-

tion“ im Gange ist, weil sich nämlich ein neuer autoritärer Klerikalismus immer mehr ausbreitet. Dabei geht es nicht darum, daß Priester sich auf ihre formale Amtsautorität berufen, um politischen Einfluß auszuüben. Das war in der evangelischen Kirche nie ein großes Problem. Sondern Theologen treten anderen gegenüber mit der Autorität der Bibel auf und behaupten, in politischen Fragen die Entscheidungen deklarieren zu können. Sie nehmen für ihre politische Auffassung die Autorität der Bibel in Anspruch. Das ist der Klerikalismus der Schriftgelehrten. Sollte es denn wirklich einer wagen, der Bibel zu widersprechen! Ich wiederhole: Das ist nicht nur eine theologische Unkultur, sondern eine Gegenreformation von protestantischer Liberalität zur autoritären Intoleranz.

Es kann gewiß kein Zweifel sein, daß auf der Grundlage des Glaubens und von theologischen Einsichten aus politische Aussagen möglich sind, aber das ist etwas anderes, als wenn man von theologischen oder biblischen Sätzen unmittelbare politische Rezepte ableitet. Es gehören schon längere theologische Gedankengänge dazu, ethische Grundsätze zu entwickeln, in denen eine Reihe von Gesichtspunkten zu berücksichtigen sind, z. B. das Gebot der Nächstenliebe, die Frage nämlich, wie ich unter den heutigen Verhältnissen in meinen politischen Entscheidungen dem Nächsten am besten dienen kann, seine Freiheit, sein Leben, seine Persönlichkeit am besten schützen und fördern kann.

Oder es gehört dazu das Bewußtsein, daß es unausweichliche Konflikte gibt, in denen man niemals eine weiße Weste behält, sondern sich für den Weg entscheiden muß, der am wenigsten Schaden bringt. Oder es gehört dazu die Erkenntnis, daß man dem Menschen nicht zuviel zumuten kann, sondern maßhalten muß, so daß z. B. deutlich wird, daß eine Minderheit von der Mehrheit nicht verlangen kann, daß sie um des Friedens willen Leiden auf sich zu nehmen habe, vielleicht sogar das Martyrium. Das

Aus dem Inhalt

Wohin führt der Weg der evangelischen Kirche? Gerhard Rödding	1
Evangelium vom Anspruch Gottes auf die Welt? Reiner Vogels	5
Der Christ im Spannungsfeld von Politik und Glauben Albrecht Martin	6
Rheinischer EAK im Spannungsfeld Kirche, Staat und Politik Hans-Ulrich Klose	10
Zur Diskussion gestellt: Empfehlung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands zur Friedenspolitik	15
Buchbesprechungen	16

kann man allenfalls predigen, aber man kann es nicht anordnen, politisch durchsetzen oder zum Maßstab des politischen Handelns machen. Erst aus all diesen und anderen Erwägungen ergeben sich dann politische Entscheidungen, und erst auf der Basis dieser Fragestellungen kann Theologie zur Grundlage politischer Entscheidungen werden. Es ist keine Frage: Auch in der evangelischen Kirche gibt es dazu bedeutende Arbeiten, wenn ich z. B. daran denke, was Erwin Wilkens seit einer ganzen Generation immer wieder publiziert hat. Auch die Denkschriften der EKD sind hier zu nennen. Aber die kurzatmigen Friedensaktionen von Pfarrern und Superintendenten dienen weder der Entscheidungsfindung noch dienen sie dem Frieden in unserem Land.

Es gibt noch eine Reihe von wichtigen politischen Fragen, mit denen sich unsere evangelische Kirche heute beschäftigt. Dazu gehören die Ausländerprobleme und das Thema der Arbeitslosigkeit. Auch hier begrüße ich selbstverständlich die Stellungnahme der Kirche. In der Ausländerfrage, die ja eine Türkenfrage ist, kann ich natürlich verstehen, daß die Kirche uns an die Humanität erinnert und an die Probleme, die entstehen, wenn der Zuzug von türkischen Kindern gestoppt werden soll. Niemand wird unter uns sein, der den großen Konflikt nicht empfindet, der zwischen humanitären Anforderungen und unseren Möglichkeiten auf diesem Gebiet entsteht. Insofern wird das Wort der Kirche sicherlich gehört.

Nur muß es auch glaubwürdig sein. Ich frage z. B.: Wo gibt es in der evangelischen Kirche denn Arbeitsplätze für Türken? Oder wie steht es mit Plätzen für türkische Kinder in evangelischen Kindergärten? Ich weiß, eine Glaubensgemeinschaft kann nicht ohne weiteres Mitglieder einer anderen Religion einstellen. Das entspricht weder dem Selbstverständnis unserer Kirche noch der Toleranz. Und ein evangelischer Kindergarten, wenn er denn eine kirchliche Aufgabe erfüllen soll, darf nicht mit Mohammedanern überfremdet werden. Dies alles ist zu respektieren. Aber natürlich trägt es zur Lösung unserer Probleme nicht bei. Und wenn aus innerkirchlichen Gründen das so ist und auch nicht anders sein kann, dann sollte man mit konkreten Forderungen an die Politiker etwas zurückhaltender sein. Da geht's dann um den Ton. Da sollte man zunächst einmal das politische Problem in seinem vollen Umfang anerkennen, ja, das Dilemma sehen. Und dann sollten wir gemeinsam einen Weg suchen, wobei wir uns darüber klar sein sollten, daß wir viel zu tun haben werden, um zu verhindern, daß Ausländerhaß in unserem Lande hochkommt. Und der könnte umso größer sein, je mehr wir reden, aber keine Lösungen finden.

Ähnlich ist es bei der Frage nach der Arbeitslosigkeit. Hier müßten wir eigentlich von der Kirche selbst etwas mehr erwarten als ein Synodapapier zur allgemeinen Lage. Die Kirche ist einer der größten Arbeitgeber. Allein in Westfalen arbeiten etwa 30 000 Menschen in der Kirche oder ihren Werken hauptberuflich. Dazu kommen viele nebenberufliche Arbeitnehmer, wie Küster, Organisten, u. a., die auch gegen Entgelt beschäftigt sind. Auch die Kirche verhält sich wie ein normaler Arbeitgeber. Sie rationalisiert und vermindert, wo es geht, die Zahl ihrer Arbeitsplätze.

Man sehe als letztes Beispiel die Schließung des Schriftenmissionsverlages in Gladbeck. Ausgerechnet in dieser schwergeprüften Stadt hat die Kirche 20 Arbeitsplätze „vernichtet“. Ich will das alles nicht bewerten. Die Sache ist sicher sorgfältig geprüft. Nur – vorsichtig mit dem Worte, wenn andere rationalisieren! In dieser Hinsicht wäre schon eine Mahnung an das Sozialamt in Villigst zu richten.

Das gilt auch für das große Wort, daß man Arbeit gerecht verteilen soll. Es geht dabei ja weniger um die Arbeit selbst, als um das Arbeitseinkommen. Ich hörte das Wort von der Arbeitsteilung neulich einmal von einer Kanzel, wo ein sympathischer und mir gut bekannter Pfarrer sprach. Dabei wußte ich, daß dieser Pfarrer nicht nur ein Einkommen bezieht, das dem eines Regierungsdirektors ziemlich nahe kommt, sondern daß er auch noch sechs Stunden Religionsunterricht erteilt und seine Frau als Lehrerin tätig ist. Solche großartigen Familieneinkommen gibt es bis in die Kirchenleitung hinein. Das alles ist legal, und hier verhalten sich kirchliche Mitarbeiter nicht anders als andere. Nur ist es nicht gerade Arbeitsteilung. Sicherlich hat die Frau eines Pfarrers heute ihren erlernten Beruf und möchte nicht nur am Herd stehen und Kinder großziehen. Aber sie kann in der Gemeinde eher ihre Lebenserfüllung finden und sich in dem großen Pfarrhaus selbstverwirklichen, als ein junger arbeitsloser Lehrer in einer kleinen Etagenwohnung. Sie hätte doch Arbeit, und versorgt ist sie auch.

Dem Staat ist es unmöglich, auf diesem Gebiete etwas anzuordnen und dafür zu sorgen, daß in solchen Fällen nur ein Familieneinkommen bezogen werden kann. Aber in der Kirche wäre doch auf freiwilliger Basis einiges möglich. Wo sind die Pfarrer, die sich freiwillig dazu bereit finden? Und was tut die Kirchenleitung, was die Synode, damit die Kirche auf diesem Gebiet zu einem Vorbild für andere wird?

Das gilt auch noch in einer ganz anderen Hinsicht. In der Kirche hat es früher sehr viel mehr Ehrenämter als heute gegeben. Darin fanden einst viele Menschen Sinn und Lebensinhalt. Wieviele haben sich damals jeden Samstagnachmittag zur Verfügung gestellt, um eine Jungschargruppe zu leiten! Wieviele fühlten sich für Gemeindegremien, für Posaenchöre etc. verantwortlich! Heute kann man das eigentlich nur vom CVJM sagen. Die gesamte andere Arbeit ist weitgehend professionalisiert. – Und seitdem ist mit Ausnahme des CVJM die kirchliche Jugendarbeit so gut wie gestorben. Was ist denn noch übriggeblieben, seit in diesem ganzen Bereich die Sozialarbeiter das Sagen haben!

Die Kirche jedoch hätte die Aufgabe, das Ehrenamt, die freiwillige unbezahlte Leistung wieder zu Ehren zu bringen. Das kann in der Gesellschaft nicht gelingen, wenn es nicht einmal in der Kirche möglich ist. Arbeit gibt es ja genug in unserem Land. Und wenn bestimmte Aufgaben wieder ehrenamtlich wahrgenommen werden, weil Menschen ihre Kraft zur Verfügung stellen wollen, dann wird auch Geld frei werden für Arbeitsplätze. Hier könnte die Kirche beispielhaft vorgehen, wenn sie die Kraft dazu hätte. Dabei erkenne ich an, daß es auch heute viele Menschen gibt, die sich zur Verfügung stellen, aber es

sind weit weniger als früher, weil sie durch Professionelle verdrängt werden. Unsere Gesellschaft wird aber davon leben, daß Menschen bereit sind, freiwillig und unbezahlt etwas für die Gemeinschaft zu tun. Das kann gewiß kein Staat erzwingen. Aber die Kirche könnte es darstellen. Ich rufe sie dazu auf, gerade hier Vorbild zu sein. Was würde das für unser Volk bedeuten können! Da wäre auch ein wirklich kirchlicher Weg gefunden, der sehr viel besser ist als alle Denkschriften und Synodalvorlagen.

Es gibt in den letzten Jahren die Mode, sich in der Kirche um außenpolitische Fragen zu kümmern. Lange Zeit war Vietnam das Thema. Dann war es El Salvador, jetzt ist es Nicaragua. Mit erstaunlich wenig Sachkenntnissen und mit vielen Vorurteilen wird dann in Deutschland manches in Szene gesetzt. Und immer wieder ist es Südafrika, ein Dauerthema in der Kirche.

Damit wir uns nicht mißverstehen: Wir sind selbstverständlich alle gegen Apartheidspolitik. Wir erkennen auch jahrhundertalte Fehler der weißen Bevölkerung, aber wir sind gegen Blutvergießen, gegen gewaltsame Revolution und gegen marxistische Lösungen. Darum unterstützen wir die Kräfte in Staat und Kirche in Südafrika, die eine friedliche Entwicklung wünschen, vor allem in der Hebung des kulturellen Standards der Masse der schwarzen Bevölkerung.

Und wir sehen die Schwierigkeiten in einem Lande, das nur Minderheiten kennt; denn die einzelnen schwarzen Stämme sind so wenig eine Einheit, wie die Gruppe der Weißen. Es wäre gut, unsere Kirche würde das erkennen und sich einer solchen Sicht der Dinge anschließen.

Stattdessen hält sie allein Kontakt mit einer Kirchengruppierung, nämlich dem südafrikanischen Kirchenrat (SACC) unter Bischof Desmond Tutu, von dem nicht auszuschließen ist, daß er mit deutschen Geldern gewaltsame Befreiungsbewegungen unterstützt. Jeder andere Kontakt mit kirchlichen Vertretern soll verhindert werden. Mit anderen wird nicht gesprochen. Als ich im vorigen Jahr in Südafrika war, zusammen mit einem Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, wurde uns ein Telex hinterhergeschickt und darauf aufmerksam gemacht, daß wir beide in der CDU seien, was bei dieser Kirchengruppierung in Südafrika so viel heißt, daß wir in der Apartheidspolitik nicht ganz auf der richtigen

Linie seien. Und als in der letzten Woche Bischof Mokoena mich in Bielefeld besuchte, ein Bischof, der immerhin 5 Millionen schwarze Christen vertritt und eine Kirchengruppierung leitet, die die Politisierung der Kirchen in Südafrika leid ist, schickte man über diesen Bischof diffamierende Briefe hinter seinem Rücken an die Leute, die er besuchen wollte. Ich könnte hier eine lange Geschichte erzählen. Aber ich frage, warum tut man das? Warum verhält sich das Kirchliche Außenamt in Frankfurt so, wobei zu erwähnen ist, daß die Kirchenkanzlei in Hannover die Kirchenvertreter empfangen hat und eine andere Auffassung vertritt.

Nun, es gibt gewiß Unzulänglichkeiten und manchmal denke ich, man solle die naiven Oberkirchenräte von Frankfurt zunächst einmal ein Volontariat im Vatikan machen lassen, damit sie kirchliche Diplomatie lernen. Aber das ganze hat doch tiefere Gründe. Einige heutige Theologen brauchen ein solches außenpolitisches Betätigungsfeld, damit sie ein dankbares Thema in Deutschland haben. Anders läßt sich auch der Früchteboykott der evangelischen Frauen nicht erklären; denn er hat überhaupt keinen Sinn. Selbst wenn er Erfolg hätte, schadet er nur den schwarzen Arbeitern auf den Farmen. Aber selbst dazu ist er zu unbedeutend. Ja, früher gab's Missionskonferenzen, Missionstage in jeder Gemeinde. Dazu fehlt offensichtlich heute die Kraft, und darum flieht man in die Außenpolitik.

Wohin führt der Weg? Nun, dieser Weg führt ins Abseits, führt aus der Volkskirche heraus und wird eines Tages die Spaltung unvermeidlich machen. Aber dahin muß es nicht kommen; denn ich hoffe auf eine junge Generation, die die Bibel wieder kennt, die ordentlich studiert und Freude an der Theologie hat. Ich glaube, daß man diese Entwicklung bereits erkennen kann. Deshalb bin ich nicht hoffnungslos. Im übrigen kann die Kirche ja nur dann eine öffentliche Bedeutung haben, wenn sie ihre eigentlichen Aufgaben wieder erkennt und wahrnimmt, wenn Gottesdienst wieder Gottesdienst ist und keine politische Demonstration, wenn Gebet wieder Gebet ist und keine politische Veranstaltung und wenn Seelsorge wieder Seelsorge ist und nicht politische Indoktrination. Ich hoffe nur, daß bis dahin unsere Kirche auf ihrem Wege keinen allzu großen Schaden nimmt. Wir möchten ihr politisches Wort durchaus hören, aber wir möchten, daß sie zunächst ihre Aufgabe wahrnimmt. Andernfalls ist sie ohnehin nicht glaubwürdig.

Evangelium vom Anspruch Gottes auf die Welt?

Reiner Vogels

Der Auftrag der Kirche bestehe darin, „allen das Evangelium vom Anspruch Gottes auf die Welt zu verkündigen“. So steht es in dem Kommuniqué, das nach einem Gespräch zwischen drei hohen Bun-

deswehroffizieren und dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D. Gerhard Brandt, und Landeskirchenrat Obendiek veröffentlicht worden ist. Vorausgegangen war ein offener Brief, in dem die

drei Offiziere den „Friedensgottesdienst“ von 33 rheinischen Superintendenten am 16. Oktober 1983 in Jülich kritisiert hatten. Auch die „Evangelische Verantwortung“ hat mehrfach darüber berichtet.

„Evangelium vom Anspruch Gottes auf die Welt“ – eine ungewöhnliche Formulierung ist das; im Neuen Testament findet sie sich nicht. Ist das Evangelium nicht in erster Linie eine Kraft Gottes, die selig macht alle, die daran glauben (Römer 1,16)? Steht vor dem Anspruch nicht der Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden (Barmer II)? Auch wenn man in unserer schnelllebigen Zeit, in der manches unbedacht gesprochen und geschrieben wird, nicht jeden Satz auf die Goldwaage legen sollte, entsteht doch ein ungutes Gefühl angesichts solch verkürzender Rede-weise. Immerhin geht es hier in einer offiziellen Stellungnahme um den Kern dessen, was einer Kirche, die das Evangelium im Namen führt, aufgetragen ist.

Sprache formt Denken, und verkürzte Sprache führt zu einseitigem und falschem Denken und Handeln. „Evangelium vom Anspruch Gottes an die Welt“ – in dieser Formulierung erklingt die Stimme des Gesetzes. Dieses Gesetz ist keine freimachende frohe Botschaft mehr, sondern ein Katalog von Forderungen und „Ansprüchen“ Gottes an den Menschen. Nur eines kleinen Schrittes bedarf es von dort zu dem unerbittlichen moralischen Rigorismus der kirchlichen „Friedensbewegung“, die die Welt unmittelbar mit dem Worte Gottes regiert sehen möchte. Das „Evangelium vom Anspruch Gottes auf die Welt“ gibt den Weg frei für die Verwechslung von Haupt- und Nebensache in der Theologie, für die bedenkenlose Politisierung des Gemeindelebens

und schließlich für die Ausnutzung der Kirche durch fremde politische Massenbewegungen.

Sicherlich hat das keiner der Gesprächsteilnehmer in dieser Konsequenz beabsichtigt, aber einen Riegel vorgeschoben hat auch niemand. War nicht auch die Haltung der Düsseldorfer Kirchenleitung gegenüber Jülich von diesem Zwiespalt belastet? Wenn man an die drei Offiziere denkt, drängt sich die Frage auf, ob wieder einmal gutwillige Laien, die sich in der theologischen Rabulistik unserer Zeit nicht auskennen können, Formulierungen akzeptiert haben, die sich eines Tages als Fallstricke erweisen können.

Der Christ im Spannungsfeld von Politik und Glauben

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK, Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL, hielt auf der Öffentlichen Landesversammlung des EAK Hessen am 14. Januar 1984 in Gießen nachfolgende Rede:

Albrecht Martin

Ich will an das Thema herangehen, indem ich zu Beginn den Theologen ins Handwerk pfusche und eine Geschichte aus der Apostelgeschichte vorlese:

„Ein Engel des Herrn sagte zu Philippus: Steh auf und zieh nach Süden auf der Straße, die von Jerusalem nach Gaza hinabführt. Sie führt durch eine einsame Gegend.

Und er brach auf. Nun war da ein Äthiopier, ein Kämmerer, Hofbeamter der Kandake, der Königin der Äthiopier, der ihren ganzen Schatz verwaltete. Dieser war nach Jerusalem gekommen, um Gott anzubeten, und fuhr jetzt heimwärts. Er saß auf seinem Wagen und las den Propheten Jesaja. Und der Geist sagte zu Philippus: Geh und folge diesem Wagen. Philippus lief hin und hörte ihn den Propheten Jesaja lesen. Da sagte er: Verstehst du auch, was du liest? Jener antwortete: Wie könnte ich es, wenn mich niemand anleitet? Und er bat den Philippus, einzusteigen und neben ihm Platz zu nehmen. Der Abschnitt der Schrift, den er las, lautete:

*Wie ein Schaf wurde er zum Schlachten geführt;
und wie ein Lamm, das verstummt,
wenn man es schert,
so tat er seinen Mund nicht auf.
In der Erniedrigung wurde seine Verurteilung aufgehoben.
Seine Nachkommen, wer kann sie zählen?
Denn sein Leben wurde von der Erde fortgenommen.*

Der Kämmerer wandte sich an Philippus und sagte: Ich bitte dich, von wem sagt der Prophet das? Von sich selbst oder von einem anderen? Da begann Philippus zu reden, und ausgehend von diesem Schriftwort verkündete er ihm das Evangelium von Jesus. Als sie nun weiterzogen, kamen sie zu einer Wasserstelle. Da sagte der Kämmerer: Hier ist Wasser. Was steht meiner Taufe noch im Weg?

Er ließ den Wagen halten, und beide, Philippus und der Kämmerer, stiegen in das Wasser hinab, und er taufte ihn. Als sie aber aus dem Wasser stiegen, entführte der Geist des Herrn den Philippus. Der Kämmerer sah ihn nicht mehr, und er zog voll Freude weiter.“ (Apg. 8,26-39)

Ich will mich nicht länger bei der Tatsache aufhalten, daß ein Politiker zum Glauben kommt und gerettet wird, obwohl mir das schon wichtig und tröstlich ist. Vielmehr versuche ich mir vorzustellen, daß statt des Philippus ein junger Theologe, wie man sie heute gar nicht so selten findet, zu dem Finanzminister auf den Wagen gestiegen wäre. Er hätte wohl zunächst einmal nach den sozialen Strukturen im Mohrenland gefragt und hätte energisch eine – wenn nötig, revolutionäre – Veränderung der elitären, durch eine Marktwirtschaft verkrusteten Verhältnisse gefordert. Auf den Hinweis des Ministers, daß man doch ein ganz leistungsfähiges soziales Netz habe und daß man im Blick auf die Zukunft sparen müsse, wäre die Antwort gekommen, daß man im Gehorsam gegenüber dem König Christus getrost diese Argumente weltlicher Klugheit beiseite lassen müsse.

Dann wäre das Gespräch auf die Sicherheitspolitik gekommen, und der Minister hätte darauf hingewiesen, daß sein wohlhabendes und geordnetes Land dem Angriff räuberischer Beduinen ausgesetzt sei, daß man sich aber durch eigene Rüstung und die Hilfe zuverlässiger Freunde zu schützen wisse. Jener Theologe hätte unter Hinweis auf Jesaja 2,4 gefordert, die Schwerter zu Pflugscharen zu machen, den heute drohenden Beduinen mit offenen Händen als Bruder entgegenzugehen, notfalls die Zerstörung des Staates in Kauf zu nehmen und damit der Welt ein Zeugnis von dem Friedensreich Christi zu geben. Die Versicherung des Ministers, daß man schon lange Jahrzehnte Frieden habe und daß man ihn auch künftig durch immer neue Zeichen der Verständigungsbereitschaft ebenso wie durch die Verteidigungsfähigkeit weiter zu sichern hoffe, wäre als Beweis des Vertrauens auf weltliche Macht zurückgewiesen worden. Selbst wenn der Minister nach diesem Gespräch noch die Taufe begehrt hätte, wäre sein Bekenntnis „ich glaube, daß Jesus Christus Gottes Sohn ist“ kaum als ausreichend anerkannt worden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Natürlich gehe ich davon aus, daß sich in der Politik jenes Finanzministers nach seiner Heimkehr Entscheidendes geändert hat. Wer

seine Straße fröhlich ziehen kann, weil er von nun an in der Hoffnung auf die Gnade Christi leben darf, kann und wird nicht einfach so weitermachen, als ob er das alles nicht erfahren hätte, als ob sich die Grundlage seines Lebens nicht gewandelt hätte.

Weil das so ist, nehme ich die aktuellen Fragen jenes fiktiven jungen Theologen auch durchaus ernst. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir diese Fragen von vornherein als Einmischung des Theologen in die Politik zurückweisen wollten. Natürlich treibt uns die Frage um, wie wir nicht nur das Gebot der Nächstenliebe praktisch umzusetzen haben, sondern auch, wie wir die Glaubensgewißheit, daß durch Christus „alles neu geworden“ ist, in unserem täglichen politischen Entscheiden durchhalten. Denn es kann und darf ja nicht so sein, daß wir den Bereich unseres Glaubens auf mehr oder weniger private Gebiete unseres Lebens oder auf bestimmte ethische Grundsätze – etwa das Verbot des Stehlens als Weisung, das Privateigentum zu schützen – beschränken wollten. Das hieße Luthers Lehre von den beiden Reichen groß mißverstehen. Es geht vielmehr darum, ob und wie ich die Spannung zwischen der im Glauben gewonnenen Gewißheit von der Königsherrschaft Christi und dem Leben in einer Welt, die davon nichts weiß oder nichts wissen will, aushalte, oder ob ich der Spannung dadurch entgehen kann, daß ich entweder die eine oder die andere Aussage als nicht mehr relevant betrachte. Dem wollen wir nun nachgehen.

I. Prophetische Heilsverheißung oder politisches Programm

In einem ersten Schritt fragen wir nach der Bedeutung der Verheißung von Jesaja 2,4 und Micha 4,3: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen.“

Das Wort spricht ohne allen Zweifel von einem mit Gewißheit erhofften zukünftigen Heilshandeln Gottes, von einer schlechthin neuen Zeit, in der Gottes Gesetz sich unter allen Völkern durchsetzen wird.

Dann werden die Menschen nicht mehr böse handeln, es wird das Reich eines von Gott geschaffenen Friedens herrschen. Es ist also kein politisches Programm, das etwa die Forderung nach einer konsequent pazifistischen Haltung enthielte. Aber es ist – auch schon für die Zeit der Propheten selbst – nicht etwa politisch gleichgültig; es enthält vielmehr zwei politisch – damals wie heute – brisante Aussagen und zwar: alle politischen Mächte, die Völker und Staaten, sind vor Gott wie ein Tropfen am Eimer, sie werden also in ihrer Bedeutung aufs äußerste relativiert; und die zweite Aussage: die Heranführung der neuen Welt, in der es keine Not und kein Böses mehr geben wird, ist allein Gottes Werk.

Die erste Aussage setzt allem totalen Machtanspruch des Staates seine Grenzen – eine für die Zeit des Weltreichs der Assyrer wie für unsere Zeit der Weltmächte entscheidend wichtige Feststellung –; die zweite Aussage erweist den ideologischen Anspruch, durch menschliche, staatliche Leistung das endzeitliche Friedensreich heraufzuführen, als Gotteslästerung.

Darum reagiert der Staat der bolschewistischen Ideologie so empfindlich auf die Plakette mit der Aufschrift „Pflugscharen statt Schwerter“, weil hier mit dem Prophetenwort dem Anspruch des Staates widersprochen wird, es sei seine Aufgabe und seine Möglichkeit, die Wiederkehr des vollkommenen Urzustandes zu bewirken.

Darum hat die Losung „Pflugscharen statt Schwerter“ eine andere Bedeutung, je nachdem ob sie in einem demokratischen Staat oder innerhalb einer totalitären Diktatur erhoben wird. Denn der demokratische Staat erhebt ja gerade diesen Anspruch nicht, den Zustand der Vollkommenheit herbeizuführen, der für den totalitären Staat kennzeichnend ist. Was dort Protest gegen eine für den Christen in der Tat unmögliche Grenzüberschreitung des Staates ist, das ist bei uns zunächst einmal politisches Programm besonderer Art; darüber wird noch zu sprechen sein. Aber es ist schon bedenklich, daß in der Friedensbewegung, die sich ja in weiten Teilen diese Losung zu eigen gemacht hat, dieser Unter-

schied überhaupt nicht mehr in den Blick kommt. Das liegt daran, daß für bestimmte kirchliche Gruppen die Ordnungen dieser Welt nicht einmal mehr eine vorläufige Bedeutung für den praktischen Glaubensgehorsam haben; von da ist es nur noch ein kleiner Schritt zum Kampf gegen die Ordnungen auch des demokratischen Rechtsstaates.

Als ich einmal vor einer evangelischen Studentengemeinde die Schweiz als ein Musterbeispiel eines Staates alter demokratischer Tradition bezeichnete, stieß ich auf heftigen Widerspruch, weil die Schweiz in ihrer Verfassung nicht das Recht auf Wehrdienstverweigerung verankert habe.

Beispiele für solche Relativierung der Bedeutung der demokratischen Verfassung lassen sich beliebig anführen. Ich will damit nur sagen, welche Folgen es auch für die politische Einstellung hat, wenn man die ursprüngliche Stoßrichtung der prophetischen Verheißung nicht mehr erkennt.

II. Die Vergegenwärtigung des Heils in Christus

„Was der alten Väter Schar höchster Wunsch und Sehnen war und was sie geprophezeit, ist erfüllt in Herrlichkeit;“ erfüllt in Jesus Christus.

„Das Alte ist vergangen, siehe es ist alles neu geworden“, sagt Paulus.

Und dieses ist muß durchaus präsentisch verstanden werden. Es gehört zu den großen Leistungen biblischer Theologie, diese im Glauben geschehende Vergegenwärtigung der Erlösung neu herausgearbeitet zu haben. Aber damit wird weder der Bezug auf das historische Ereignis der Geburt und der Kreuzigung Jesu überflüssig, noch hören wir auf, Wartende auf die Erfüllung des Heiles zu sein. Insofern leben wir tatsächlich zwischen den Zeiten, und es geht nicht an, die Dimension der Zukunft zugunsten einer nur auf die Gegenwart gerichteten Heilsgewißheit zu verlieren. Indem das Wort Fleisch ward, hörte die Welt nicht auf, Fleisch zu

sein, oder — anders ausgedrückt — die Christen wissen im Glauben von dem Anbruch einer neuen Zeit, von der die Welt noch nichts weiß oder nichts wissen will, und die Christen haben auch an dieser Welt teil, sie stehen ihr keineswegs distanziert gegenüber.

Die Gewißheit des Heils befreit den Christen zwar aus der Verfallenheit in die Gottesferne, aber er bleibt in der Welt, und das Wissen um die Überwindung der Welt durch Christus führt nicht dazu, die Verfallenheit der Welt in das Böse schlechthin unwirksam zu machen. Welche Folgen hätte das für unser politisches Handeln?

III. Was bedeutet die Anerkennung der Königsherrschaft Christi?

Es gibt heute in der evangelischen Kirche eine Strömung von erheblicher Stärke, die davon überzeugt ist, daß der Glaube an Jesus Christus zu bestimmten politischen Einsichten führe und zu bestimmten daraus sich ergebenden politischen Folgerungen, und daß diese Einsichten und Folgerungen den Rang von Glaubensaussagen hätten.

Um das am Anfang gebrauchte Bild wieder aufzugreifen: Jener junge Theologe unserer Tage hätte zu dem Finanzminister aus Mohrenland sagen können: Jesus Christus, der Sohn Gottes, hat uns den Frieden gebracht; wer den Frieden verletzt, handelt gegen sein Gebot; du beurteilst die politische Lage falsch, wenn du dich gegen die räuberischen Beduinen durch Rüstung schützen willst; du provozierst im Gegenteil durch diese Maßnahmen einen Angriff, du mußt statt dessen auf Vertrauen setzen.

Das alles sagt er nicht als eine denkbare politische Analyse, über die man — ebenso wie über Folgen — diskutieren könnte, sondern er sagt das als eine sich aus dem Glauben an Christi Gottessohnschaft ergebende Konsequenz. Er hätte sich darum nicht mit dem Bekenntnis begnügt „Ich glaube, daß Jesus Christus Gottes Sohn ist“, sondern es ergänzt durch den

Zusatz: „und darum ist jede Sicherheitspolitik, die Frieden in Freiheit auch durch eine glaubwürdige Abschreckung sichern will, ein Zeichen des Unglaubens, der Gottesferne“. Damit wäre unser junger Theologe aus dem Spannungsfeld von Glauben und Politik ausgestiegen durch das einfache Rezept, eine bestimmte Politik als die allein aus Glauben mögliche anzunehmen. Er hätte damit nicht anders gehandelt, als ungezählte Christen vor ihm.

Man kann der Spannung zwischen der im Glauben gewonnenen Gewißheit einer neuen Welt und der Tatsache, daß diese Welt nicht aufhört, unfriedlich zu sein, auf zweierlei Weise zu entkommen versuchen. Man kann entweder den Glauben zur Angelegenheit des Jenseits und der eigenen persönlichen Bedürfnisse erklären und in der Welt agieren, als ob mit Christus nichts geschehen wäre, oder man kann den Versuch machen, diese Welt in ihrer Vorläufigkeit nicht mehr ernst zu nehmen und durch einen großen Entschluß ganz im Zeichen des Neuen zu leben. Im letztgenannten Fall bieten sich wieder zwei Wege an: Entweder man flieht aus der Welt, oder man zwingt ihr die — vermeintlich — sich zwingend aus dem Glauben ergebenden Rezepte auf.

Alle diese Wege sind versucht worden und haben entweder zur Oberflächlichkeit geführt oder zu respektablen Leistungen einzelner oder zur Sekte. Immer aber hat sich gezeigt, daß andere Christen nicht bereit waren, sich im Namen Christi für eine bestimmte Politik Vereinbarkeiten zu lassen. Diese kamen bei ihrer Analyse der Verhältnisse zu anderen Ergebnissen, zogen andere Konsequenzen und waren — und sind — dabei der Ansicht, daß auch sie in der Verantwortung vor Gott und in der Hoffnung auf seine Gnade handelten; auch sie erkennen Jesus Christus als ihren Herrn an.

Was wir heute also unserer Kirche gegenüber anzumerken haben, ist nicht die einseitige politische Orientierung von Teilen der Theologenschaft und der Gemeinde, sondern ist eine theologisch fragwürdige Position, aus der dann die politische Einseitigkeit erfolgt. Ist es theologisch erlaubt — so fragen wir —, das Bekenntnis zu Jesus

Christus zu verbinden mit einer bestimmten politischen Auffassung? Erlaubt das Bekenntnis nur das Nein zur Nachrüstung, das Nein zur Kernenergie, das Nein zur Startbahn West? Man kann in einer Demokratie diese Entscheidungen fällen, aber ergeben sie sich zwingend aus dem Glauben?

Diese Fragen stellt der EAK an unsere Kirche, und er tut es um der Kirche willen. Denn Volkskirche wird nicht mehr möglich, wenn sich mit dem Bekenntnis eine bestimmte politische Entscheidung verbinden muß. Es bestünde dann die Gefahr, daß es eine Kirche der Gegner der Nachrüstung, eine Kirche der Gegner der Kernenergie, morgen eine Kirche der Planwirtschaft usw. gäbe. Wir möchten aber mit den Mitchristen, die eine andere politische Auffassung vertreten, zusammenbleiben. Wir sehen in dieser fragwürdigen Verbindung von Glauben und bestimmter politischer Orientierung die Gefahr einer Bindung des Evangeliums an höchst vorläufige weltliche Dinge. Insofern stehen wir in der Tradition der Barmer Thesen von 1934.

IV. Die politischen Folgen

Die eben dargestellte Auffassung von der Verbindung von Glauben und politischer Ansicht hat nicht nur für das Selbstverständnis der Kirche, sondern auch für die demokratische Grundordnung schwerwiegende Folgen. Die Demokratie lebt von dem Austausch und dem Ringen der Argumente. Sie rechnet mit der Möglichkeit, daß im Laufe der Auseinandersetzung unter dem Eindruck der vorgetragenen Gesichtspunkte die Ansichten modifiziert werden und sich in gewissem Grade annähern. Das aber ist in dem Augenblick unmöglich, in dem eine politische Position als Bekenntnisfrage, als Glaubenssache verstanden wird.

Während der Veranstaltung der 33 Superintendenten der Rheinischen Kirche in Jülich erklärte einer der Verantwortlichen: „Über den Weg zum Frieden diskutieren wir in Jesu Namen nicht mehr“. Das Nein zur Nachrüstung ist also aus dieser Sicht die dem Christen

allein mögliche Haltung. Ich frage mich manchmal, was es praktisch noch bedeutet, wenn derselbe Mann unsere Verfassung für die freiheitlichste der deutschen Geschichte hält, die auch schützenswert sei. Demokratie erträgt es nicht, wenn an die Stelle des Argumentes das Bekenntnis tritt.

Natürlich gibt es Fragen, auf die für den Christen aus seinem Glauben nur eine bestimmte Antwort möglich ist. Über die Nürnberger Rassegesetze hätte es unter Christen keine Diskussion geben dürfen: der Glaube gebietet ein eindeutiges Nein!

Über die Gesetze, die in Südafrika die Menschenrechte der Farbigen einschränken, kann es keinen Streit unter uns geben, wohl aber

Unsere Autoren

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL
Geschw.-Scholl-Straße 10
4052 Korschenbroich

Landtagspräsident
Albrecht Martin, MdL
Deutschhausplatz 12
6500 Mainz 1

Dr. Gerhard Rödding, MdL
Strusen 35
4800 Bielefeld 16

Pfarrer Reiner Vogels
Schonnebeckhöfe 1
4300 Essen 13

über den besten Weg, die dortige Regierung zu einer Beseitigung der rassistischen Bestimmungen zu bewegen.

Ob ich den bewaffneten Kampf der Swapo in Namibia für richtig halte, ist eine Frage der Analyse der politischen Bedingungen und der absehbaren Folgen; ich kann mich dabei gründlich irren, aber ich kann doch nicht eine möglicherweise irrige Auffassung als die mir vom Evangelium her allein gebotene betrachten. Darum kann ich die Swapo meiner Ansicht nach nicht aus Kirchensteuermitteln unterstützen, auch dann nicht, wenn ihr Kampf meine persönliche Sympathie genießt und wenn ich ihren

Sieg politisch für wünschenswert hielte.

Ich breche hier ab, weil hoffentlich deutlich geworden ist, daß dem Christen durchaus geboten sein kann, in bestimmten politischen Fragen nur eine Antwort als mit dem Glauben vereinbar zu geben: Es ist jedenfalls dort der Fall, wo die Würde des Menschen grundsätzlich mißachtet wird. Diese Würde des Menschen kann nicht zur Disposition stehen. Darum hätte auch in einer Demokratie jede Mehrheit Unrecht, die solchen Versuch unternähme. Gerade darum ist die Sicherung der demokratischen Ordnung ein so hohes Gut.

Die begrenzte Zeit erlaubt leider nicht, auf die Fragen des zivilen Ungehorsams, der begrenzten Regelverletzung, ja des Widerstandes gegen legal zustande gekommene Entscheidungen und wie dergleichen Sabotageakte gegen die demokratische Ordnung heute beschönigend genannt werden, einzugehen. Im Ergebnis laufen alle diese Akte darauf hinaus, eine bestimmte Ansicht gegen die Mehrheitsmeinung durchzusetzen, auch gegen die Rechtsordnung.

Interessant ist, daß viele dazu neigen, der Meinung der Minderheit eine größere sittliche Berechtigung zuzuschreiben als der Auffassung der Mehrheit. Natürlich kann auch diese irren, aber wer das Mehrheitsprinzip in Frage stellt, muß sagen, welche anderen, friedlichen Wege der Entscheidungsfindung er vorschlägt. Bisher kenne ich keine Antwort auf diese Frage.

Zum Schluß greife ich noch einmal die Erzählung aus der Apostelgeschichte auf. Philippus legt dem Politiker die Schrift aus, er verkündigt ihm das in Christus auch ihm geschenkte Heil. Dadurch wurde dieser Finanzminister zu einem neuen, getrösteten Menschen, der seine Straße fröhlich ziehen kann, zurück in sein Land zu seinen Pflichten. Er wird bei seinen Entscheidungen an die Botschaft denken, nicht um Handlungsanweisungen zu finden, sondern sich in die Verantwortung rufen zu lassen. Indem er diese Verantwortung wahrnimmt, bleibt er in der Spannung von Glauben an die Erneuerung der Welt durch Christus und dem Wissen um ihre Vorläufigkeit. Aber nur so ist christliche Existenz möglich.

Rheinischer EAK im Spannungsfeld Kirche, Staat und Politik

Hans-Ulrich Klose

Der Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtages, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, wurde auf der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Rheinlandes mit 148 von 155 abgegebenen Stimmen erneut zum Vorsitzenden gewählt. Seinen Bericht geben wir in leicht gekürzter Fassung nachfolgend wieder, denn er ist sowohl Bilanz und Standortbestimmung des EAK im Rheinland, als auch ein über Landesgrenzen hinausreichender wesentlicher Beitrag zur Klärung des Demokratieverständnisses im deutschen Protestantismus. Er ist eindringlicher Appell zur Stärkung politischer Ethik in unserem Bemühen um die Sicherung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Rheinlandes findet in einer Zeit schwerwiegender politischer Auseinandersetzungen um die richtigen Wege in der äußeren und inneren Politik unseres Landes statt. Viele nachdenkliche Menschen fragen besorgt:

Ob angesichts der Rüstung in vielen Teilen der Erde, der Aufrüstung in der Sowjetunion und der Absicht des westlichen Bündnisses, das militärische und politische Gleichgewicht wieder herzustellen, der Friede erhalten bleiben wird.

Ob die Zerstörung der Umwelt, die die existenziellen Grundlagen unseres Lebens bedroht, aufgehalten werden kann.

Ob der Mensch dem technischen Fortschritt zum Opfer fällt oder ob die mit der technischen Entwicklung verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Prozesse beherrschbar bleiben.

Ob es in absehbarer Zeit wieder gelingen wird, allen arbeitswilligen Menschen in unserem Lande Arbeit zu geben.

Ob die Staatsordnung der rechtsstaatlichen Demokratie diesen Herausforderungen gewachsen ist und die Probleme bewältigen wird, und auf welchem Wege es gelingen wird, dem menschlichen Zusammenleben wieder eine tragende ethische Grundlage zu geben.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU ist eine Gemeinschaft evangelischer Christen in der Union, die sich zusammengefunden haben, weil sie sich politisch gegenüber Staat und Kirche in besonderer Weise verpflichtet fühlen und diese Verantwortung auch tragen wollen. Der Evangelische Arbeitskreis hat daher stets die grundsätzlichen ethischen Fragen des politischen Geschehens aufgegriffen und in der Union zur Geltung gebracht. Seine Aussagen haben das politische Programm der CDU in den fast vier Jahrzehnten ihres Bestehens wesentlich beeinflusst. Der Evangelische Arbeitskreis hat sich aber auch als Gesprächspartner der Evangelischen Kirche verstanden. Zwar nicht in dem Sinne, daß er der Kirche Ratschläge zu geben hätte, wohl aber in der Überzeugung, an dem Gespräch mit der Kirche über politische, ethische und theologische Fragen teilzunehmen. Der Evangelische Arbeitskreis ist deshalb aus der geistigen Auseinandersetzung nicht hinwegzudenken. Dies gilt auch für die soeben gestellten Fragen, an deren Lösung evangelische Christen in der Union mitgearbeitet haben und auch in Zukunft mitwirken werden.

Seit Monaten bewegt uns, und zwar unabhängig davon, ob wir im Staat, in der Partei oder in der Kirche politische Verantwortung tragen, die Frage, wie der rechte Weg zum Frieden zu finden ist. Dabei haben die Auseinandersetzungen innerhalb der Evangelischen Kirche, auch der Evangelischen Kirche im

Rheinland, zahlreiche schwerwiegende Fragen nach dem Selbstverständnis der Kirche, der Aufgabe und den Grenzen des kirchlichen Amtes und dem politischen Mandat der Kirche überhaupt aufgeworfen. Die Härte der Auseinandersetzungen, das Entstehen politischer Fronten, haben bei uns die Sorge verstärkt, daß die Kirche, belastet durch die inneren Spannungen, ihren eigentlichen Auftrag, die evangelische Botschaft vom Frieden zu verkündigen und die streitenden Würden zur Versöhnung zu veranlassen, immer mühseliger zu leisten vermag.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU des Rheinlandes hat sich in dieser Zeit in vielen Gesprächen mit Vertretern der Kirche und des öffentlichen Lebens, sowie in Erklärungen an die Öffentlichkeit, um eine Klärung der entstandenen Fragen, bemüht. Wir haben unseren Standpunkt bezogen und diesen, insbesondere in den Auseinandersetzungen in der Friedensfrage, klar zum Ausdruck gebracht. Ihnen, die Sie im Landesverband oder in den Kreisverbänden hierbei mutig und entschlossen mitgearbeitet haben, danke ich sehr herzlich. Vor wenigen Jahren noch wurde in der CDU die Notwendigkeit eines Evangelischen Arbeitskreises in den Kreisverbänden der Union bezweifelt. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß es die Vertreter des Evangelischen Arbeitskreises waren, die in der innerkirchlichen Diskussion den friedenspolitischen Standpunkt der Union, der bis in diese Tage die gemeinsame Auffassung aller unseren Staat tragenden demokratischen Parteien gewesen ist, vertreten haben. Wer Zweifel an der politischen Notwendigkeit eines Evangelischen Arbeitskreises gehabt hat, dessen Skepsis dürfte durch diese Arbeit unserer politi-

schen Gemeinschaft endgültig widerlegt worden seien.

In den Gesprächen und Diskussionen mit Menschen, die sich für die Teilnahme an der Friedensbewegung entschieden haben, bin ich immer wieder kritisch gefragt worden – und ich habe mir diese Frage auch selbst vorgelegt – welche Rolle die evangelische Kirche in dieser Friedensbewegung spielt. In der Tat mußte diese Frage spätestens auch in unserer rheinischen Kirche aufkommen, als der „Evangelischen Information“, dem „Nachrichtenspiegel des evangelischen Pressedienstes“ vom Juli 1983 zu entnehmen war, daß „der 16. Oktober“ in der rheinischen evangelischen Kirche zum „Widerstandstag der Kirchen anlässlich der Aufstellung neuer Atomwaffen“ erklärt worden (ist)“. An diesem Tag sollte in Jülich für die rheinischen evangelischen Gemeinden ein zentraler Friedensgottesdienst unter freiem Himmel als eine „den Christen gemäße Form des gewaltlosen Widerstands“ stattfinden. 33 von 46 rheinischen Superintendenten hatten diese Einladung ausgesprochen.

An diesem Punkt war für mich die Grenze eines politischen Mandats, das die Kirchen oder die Träger kirchlicher Ämter in Wahrnehmung des Öffentlichkeitsauftrages der Kirchen in Anspruch nehmen dürfen und sollen, erreicht. Ich habe mich daraufhin an den Herrn Präses der evangelischen Kirche im Rheinland mit einem Schreiben vom 27. Juli 1983 gewandt und ihm erklärt:

„Daß evangelische Christen sich zu einem Gottesdienst, in dem für den Frieden gebeten wird, versammeln, ist für eine Kirche, die die Friedensbotschaft Jesu-Christi verkündet, nicht ungewöhnlich, vielmehr selbstverständlich. Daß eine Veranstaltung, die dem Frieden dienen soll, jedoch „als Widerstandstag“ programmiert wird, halte ich für tief erschreckend. Angesichts der vergangenen fünf Jahrzehnte der deutschen Geschichte, ausgehend von den dabei gewonnenen Erfahrungen, ist es mir unverständlich, daß bei der Verwendung des Begriffs des Widerstandes nicht mehr unterschieden wird zwischen dem Widerstandsrecht gegen eine Diktatur und dem Protest gegen die Entscheidung einer Regierung, die aus freien Wahlen hervorgegangen

ist. Ein Widerstandsrecht ist im demokratischen Staat nur dann legitim, wenn es gegen den Versuch, die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung zu beseitigen, in Anspruch genommen wird. Demgemäß gibt Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetzes allen Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, sofern andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Ich habe Herrn Präses Brandt gebeten, zu bedenken, ob im Hinblick auf die Tendenz, die mit der Veranstaltung des „Widerstandstages der Kirchen“ erkennbar wird nicht ein klärendes Wort der evangelischen Kirche im Rheinland zu unserem demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassungsstaat erforderlich wird. Ferner habe ich ihm meine Sorge ausgesprochen, daß mit der Veranstaltung dieses „Widerstandstages“ den Kräften in unserer Kirche auch Frieden gegeben wird, die ausschließlich einen bestimmten politischen Weg für alleinvereinbar mit der Botschaft des Evangeliums erklären. Ich habe weiterhin darauf hingewiesen, daß jene kirchlichen Auseinandersetzungen einen Grad erreichen, der der Glaubwürdigkeit unserer Kirche bei ihrem Bemühen um Frieden Abbruch tut. Ich füge damals wie heute hinzu, daß die politische Auseinandersetzung innerhalb unserer Kirche, insbesondere die politischen Stellungnahmen, die einzelne Gruppen in der evangelischen Kirche zu aktuellen Fragen der Politik immer wieder abgeben, viele Kirchenmitglieder verunsichert hat. In den letzten Wochen bin ich sehr oft gefragt worden, ob statt des politischen Einsatzes kirchlicher Amtsträger nicht ein stärkeres seelsorgerliches Engagement geboten wäre.

An den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland habe ich die Bitte gerichtet, durch sein Wort zur Mäßigung in der politischen Auseinandersetzung beizutragen, damit unsere Kirche auch einen Dienst leisten wird, der sie als friedensstiftende Kraft glaubwürdig erhält.

Die Veranstalter des Friedensgottesdienstes in Jülich sind später von der Meinung, daß dies eine „den Christen gemäße Form des gewaltlosen Widerstands“ sei, abgerückt. Die von der sogenannten

Friedensbewegung ausgegebene Formel „Widerstandstag der Kirchen anlässlich der Aufstellung neuer Atomwaffen“ ist von Veranstaltern und Teilnehmern dieses Gottesdienstes nicht übernommen worden. Diese Haltung begrüße ich ebenso wie die Tatsache, daß dieser Gottesdienst durch das Bemühen gekennzeichnet war, die aufgerissenen Gräben zwischen politisch Andersdenkenden nicht weiter zu vertiefen. Unser Einsatz hat Erfolg gehabt.

Trotzdem sind Zweifel und Fragen geblieben. Die Stellungnahme der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland zum Friedensgottesdienst am 16. Oktober 1983 in Jülich, die mir Herr Präses Brandt als Antwort auf mein Schreiben vom 27. Juli 1983 übersandt hat, hält fest, daß es sich nicht um eine Veranstaltung handelt, für die die Kirchenleitung die Verantwortung übernimmt. Sie beschränkt sich auf eine Beschreibung der unterschiedlichen Standpunkte, versucht Verständnis zu wecken für die sich gegenüberstehenden Auffassungen und bemüht sich, eine Brücke zu schlagen, wenn sie die Kritiker des Gottesdienstes bittet, „an der Lauterkeit der Absicht der Veranstalter und Teilnehmer nicht zu zweifeln, sondern in ihnen ihre Mitchristen anzunehmen, die in der Bedrängnis ihres Gewissens glauben, so handeln zu müssen“. Andere Äußerungen der evangelischen Kirche zur Friedensfrage gehen einen ähnlichen Weg. So hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 4. November 1983 ebenfalls den Versuch unternommen, den offenen Streit zu vermeiden, indem sie als „das entscheidende ethische und politische Ziel“ nannte, „den Frieden mit politischen Mitteln zu sichern und die militärische Konfrontation sowie das nukleare Wettrüsten zu beenden“. Sie äußert die Hoffnung, von der Erhaltung des Friedens durch das Gleichgewicht jeder militärischen Zerstörungskraft zur Friedenssicherung durch nichtmilitärische Mittel zu kommen: „Ziel bleibt eine weltweite Friedensordnung, deren Stabilität auf weniger Gewalt und zunehmend auf der Zukunft der betroffenen Menschen und Völker beruht“.

Dieses Bemühen um Verständnis ist anzuerkennen. Aber es bleibt die Frage, ob die Kirche Teile ihrer

Amtsträger oder Synoden durch Beschlüsse von Mehrheiten zu politischen Entscheidungen, die im Bereich der gewissenhaften Ausübung des Ermessens liegen, verbindlich äußern dürfen, indem sie sich auf die Autorität der Heiligen Schrift berufen.

Wir sagen hierzu nein. Die Bergpredigt ist die Mahnung an den Einzelnen zu verantwortlichem Handeln, an den Politiker, die ihm auferlegten Entscheidungen mit besonderem Verantwortungsbewußtsein nach seinem Gewissen zu entscheiden. Sie ist aber kein politisches Programm, kein politisches Rezept, nach dem Lösungen der Fragen praktischer Politik gefunden werden können und schon gar nicht, wie Massenversammlungen zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele zu erzwingen sind.

Wir gedenken in diesem Jahr des 500. Geburtstages von Martin Luther und erinnern uns an den Geist der Reformation. Liegt es dann nicht nahe zu fragen, was uns die reformatorische Deutung des Verhältnisses von Glauben und Politik zu sagen hat. Bundespräsident Karl Carstens hat beim Festakt der Evangelischen Kirche in Deutschland zum 500. Geburtstag von Martin Luther in Worms am 30. Oktober 1983 hierzu erklärt: „Das, was wir heute Politik nennen, ist für Luther das Feld, in dem menschliche Vernunft sich zu bewähren hat. Vernunft, nüchterne, sich an der Wirklichkeit ausrichtende Vernunft, kann und soll verhindern, daß die Menschen träumen und Ideologien nachlaufen. Gott hat den Menschen, Christen und Nichtchristen, die Vernunft verliehen. Darum tragen sie gemeinsam Verantwortung dafür, daß die Welt nicht in Unordnung versinkt und daß Gottes gute aber verletzliche Schöpfung vor drohendem Chaos bewahrt wird. Die Welt statt mit der Vernunft, mit dem Evangelium regieren zu wollen, das sieht Luther als verhängnisvollen Irrtum an. . . . Wer in unseren Tagen dazu mahnt, die Diskussion über strittige politische Fragen mit mehr Demut und mit weniger Überheblichkeit zu führen, kann sich auch sehr wohl auf Luther berufen. Er wußte, daß politisches Wissen und Erkennen keinen Anspruch auf absolute Wahrheit erheben kann. Das sollte uns auch veranlassen, auch dem, der eine andere Meinung ver-

tritt, zuzubilligen, daß er aus ehrlicher Überzeugung handelt und daß er vielleicht sogar Recht haben kann.“

Und wenn nach der V. Barmer These von 1934 die Schrift uns sagt, „daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“, so gilt dies auch für den Versuch der Verteidigungs- und Friedenspolitik der westlichen Gemeinschaft nach ihrer menschlichen Einsicht, auch unter Androhung von Gewalt, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit zu erhalten.

Darum spreche ich auch an alle, die in unserer Kirche Verantwortung tragen, die Bitte aus, bei Erklärungen zur Politik, bei Aussagen kirchlicher Amtsträger zu Fragen des politischen Geschehens, Zurückhaltung zu wahren, den Gewissenstandpunkt des Andersdenkenden zu respektieren und vor allem nicht zu vergessen, daß jeder, der die Botschaft von der Versöhnung zu verkündigen hat, als Seelsorger zu bedenken, daß er für alle, unabhängig, welche politische Meinung sie vertreten, verantwortlich ist. Wer einen anderen Weg geht, setzt die Kirche der Gefahr aus, sie von einer „Offenbarungsgemeinschaft“ zu einer „politischen Wagnisgemeinschaft“ zu deformieren, wie der Theologe Paul Tillich im Kirchenkampf 1934 erklärt hat. Damit ist die Gefahr klerikaler Einflüsse kirchlicher Kreise auf die politische Ordnung, die wir längst überwunden sahen, gegeben. Mit Recht hat der evangelische Theologe Trutz Rendtorff kürzlich in der Zeitschrift für evangelische Ethik darauf hingewiesen, daß die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland einen einmaligen Spielraum an Freiheit und politischen Einfluß erhalten hätten.“ Er schließt auch die Formen und Inhalte einer verfassungsmäßigen Opposition und Kritik ein. Sie fallen den Kirchen deswegen leichter, weil die Kirchen in politischen Fragen den Regeln demokratischer Mehrheitsbildung nicht direkt unterworfen seien. Das schaffe aber „auch die permanente Verführung zu einem neuen Klerikalismus“. Das

geschehe, wenn „in den Kirchen die politische Mitwirkung in der jetzigen Demokratie als eine Art nachgeholt oder von uns nachzuholender Kirchenkampf“ oder „Widerstand gegen das NS-Regime interpretiert wird“.

Wir sollten diese Warnung ernst nehmen. Damit verbindet sich die Frage nach dem demokratischen Verständnis im deutschen Protestantismus. Sie fordert die Antwort heraus, daß die politische Ethik mehr als bisher zur existentiellen Sicherung der rechtsstaatlichen Demokratie beitragen muß.

Dies gehört zu den bewegenden, teilweise bedrückenden Erkenntnissen, die ich in zahlreichen Diskussionen über die Friedenspolitik in den vergangenen Monaten gewonnen habe. Die Gespräche, insbesondere mit Angehörigen der jüngeren Generation, haben mir den Eindruck vermittelt, mit welchem Ernst über die Erhaltung des Friedens tatsächlich nachgedacht wird. Dazu gehört auch die Sorge vieler, die sich zur Friedensbewegung rechnen, daß ihre Friedensgesinnung von Kommunisten und anarchistischen Gewalttätern für ihre politischen Zwecke mißbraucht wird. Diese Gespräche haben mir aber auch die Überzeugung vermittelt, daß über die Ursachen von Gewalt und Krieg, deren Zusammenhang mit der Verletzung der Menschen- und Freiheitsrechte und den Wert der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie häufig unklare Vorstellungen bestehen.

Es ist daher erforderlich, auch heute festzustellen, daß es das Ziel unserer Friedenspolitik ist, Frieden und Freiheit gleichermaßen zu bewahren und zu schützen. Ein Frieden auf Kosten der Freiheit wäre ein Unterwerfungsfrieden, der schon neue Konflikte und Spannungen in sich trägt.

Wo Völker und Menschen gedemütigt, wo die Menschenrechte verletzt werden, wo Rassenhaß und religiöse Intoleranz herrschen, sind die Voraussetzungen für neue kriegerische Auseinandersetzungen geschaffen. Innerer und äußerer Frieden kann auf Dauer nur durch die Anerkennung der Menschenrechte, die Sicherung der bürgerlichen Freiheiten und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit gewahrt werden. Deshalb gehören Friedens- und Frei-

heitswille für uns untrennbar zusammen.

Die Verteidigung unserer Freiheit ist Ausdruck unserer Friedfertigkeit. Wir bedrohen niemanden. Wir sind bereit und verpflichtet, auch mit den Staaten in Frieden zu leben, welche die Bedingungen innerer Freiheit (noch) nicht erfüllen. Unser Friedenswille schließt Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft gegen jeden Versuch politischer und militärischer Bedrohung ein.

Die Menschen in den Staaten des Warschauer Paktes sind nicht unsere Feinde. Wir haben und brauchen keine Feindbilder. Dies hindert uns nicht daran, die fundamentalen Unterschiede zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur wahrzunehmen, für Menschenrechte einzutreten und die von der Sowjetunion betriebene, gegen uns gerichtete Hochrüstung, realistisch einzuschätzen. Unsere Verteidigung richtet sich nicht gegen die Menschen, sondern gegen den expansiven Machtwillen der aggressiven und hochgerüsteten Systeme des Militärkommunismus. Mit Recht hat der russische Wissenschaftler, Schriftsteller und Humanist Lew Kopelew immer wieder auf diesen Unterschied im kommunistischen System, zwischen der dieses System tragenden neuen Klasse, den Machthabern und den Menschen, die Opfer dieser Klassengesellschaft sind, hingewiesen.

Der Blick nach Polen, in die DDR oder jedes andere Land, wo der marxistisch geprägte Sozialismus seine Herrschaft errichtet hat, zeigt, daß ein System des Terrors begründet wurde und sich eine neue Klasse etabliert hat, die mit den Mitteln des Staats- und Parteiapparats die Macht rücksichtslos durchsetzt. Armando Valladares hat es in der „Zeit“ vom 18. November 1983 am Beispiel von „Castros Terror in Kuba“ überzeugend beschrieben. Krieg und Völkermord in Afghanistan zeigen, daß es nicht Ausdruck des christlichen Glaubens sein kann, die Welt den Friedlosen zu überlassen und uns selbst dem Druck unfreiheitlicher Systeme schutzlos auszuliefern. Ich frage mich, warum so viele Verantwortliche in Staat und Kirche die unverdächtigen Zeugen unserer Tage, die russischen Schriftsteller Solschenyzin, Bukowski, Kopelew und Sinjawski, die polnischen Historiker

Bartoszewski und Lipski, die mittel-deutschen Schriftsteller Faust und Borkowski und schließlich Alexander Sacharow, so wenig ernst nehmen. Ich frage mich, warum und wieso sie die Gefahren für unsere Freiheit nicht begreifen und nicht dazu beitragen, daß die in West- und Mitteleuropa begründete Friedensordnung, die ein Beispiel für eine Weltfriedensordnung werden kann, erhalten bleibt und die Existenz der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gewahrt wird.

Dieses Ziel werden wir in einer Zeit, in der Sicherheit und Frieden in Freiheit bedroht sind, nur dann erreichen, wenn folgende Voraussetzung erfüllt ist: Unser Volk muß den Willen zur Selbstbehauptung behalten. Wir müssen den geistigen und politischen Willen haben, freie Menschen in Europa zu sein. Der tragende Gedanke, den der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Manes Sperber, seiner Rede gegeben hat, war: „Europa kann sich retten, wenn es sich nicht selbst aufgibt“. Als Teil der freien westeuropäischen Völkergemeinschaft setzt dies für uns die Überzeugung voraus, daß die freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie nicht nur als eine neben anderen Staatsordnungen steht, sondern als das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung, daß sie eine politische Kultur darstellt, die verteidigungswürdig ist. Wir müssen unser Gewissen dafür schärfen, daß der Wert der Freiheit, den wir nicht eigenem Verdienst, sondern einem gnädigen Schicksal der Geschichte verdanken, so hoch ist, daß es sich dafür lohnt, Opfer zu bringen. Es geht darum, daß wir uns wieder bewußt werden, daß wir in einem der wenigen Länder dieser Welt leben, in dem der Mensch sagen darf, was er denkt. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ein ungeheures Aufbauwerk ohne Beispiel in der deutschen Geschichte geleistet. Aber wir haben dabei offenbar auch an unserer Seele Schaden genommen und das Feld der ethischen und politischen Werte nicht rechtzeitig zu bestellen gewußt. Die tatsächlichen oder vermeintlichen Reformen der sozialliberalen Koalition der siebziger Jahre haben dieses moralische Defizit nicht ausglei-

chen können. Es wurde durch die Politik der sozialliberalen Koalition, die der Anspruchsgesellschaft mit der Lehre von der Emanzipation der Bedürfnisse erst die politische Legitimation zu geben versuchte, noch vergrößert.

Der kürzlich verstorbene ehemalige sozialdemokratische Bürgermeister Herbert Weichmann hat gesagt: „Finden wir nicht zu einem positiven Selbstverständnis zu unseren demokratischen Werten zurück, dann wird eine neue Generation eines Tages dem Zusammenbruch der Demokratie wieder wie 1945 die Frage folgen lassen: ‚Wie konnte es geschehen?‘ Wenn sie dann überhaupt noch fragen darf und kann“. Heute wie vor 50 Jahren gilt ein Wort des der Labourparty anhörenden englischen Premierministers Ramsy Mc Donald: „Ein Volk, das die Lobpreisung der demokratischen Freiheit mit Gähnen begrüßt, streckt seine Handgelenke schon in Fesseln der Knechtschaft entgegen.“

Es ist unserer Generation aufgetragen, aus den Erfahrungen der Geschichte und Gegenwart zu lernen, die Konsequenzen zu ziehen. Wir Deutschen haben erfahren, daß die im Jahre 1933 an die nationalsozialistische Zwangsherrschaft mit der Folge des Krieges, der 55 Millionen Menschen das Leben kostete und vielen das Opfer auferlegte, die Heimat zu verlieren, verlorene Freiheit nur durch den von den Alliierten herbeigeführten Zusammenbruch der Diktatur zurück-erworben wurde. Hat uns die eigene Geschichte nicht gelehrt, daß die Befreiung aus eigener Kraft aus einem totalitärem System des 20. Jahrhunderts, das über alle Mittel militärischer und administrativer Unterdrückung verfügt, nicht möglich ist? Menschen, die als Zeitgenossen die nationalsozialistische Revolution im Jahre 1933 erlebt haben, schildern, daß sie ahnungslos gewesen seien. Sie hätten sich nicht vorstellen können, was dieses verbrecherische System für sie in der Zukunft bringen würde. Muß uns der Rückblick auf das Jahr 1933 nicht den Blick dafür schärfen, daß wir nicht ein zweites Mal Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit und damit die Existenz unseres freiheitlichen Staates verspielen dürfen? Dieses allgemeine Bewußtsein zurückzurufen wird die eigentliche

Aufgabe der „geistigen Wende“ sein.

An dieser Aufgabe mitwirken ist nicht nur Verpflichtung des Staates und der ihn tragenden politischen Parteien und großen sozialen Organisationen, sondern wir erbitten auch den Beitrag der Kirchen, der aus ihrem Auftrag, öffentliche Verantwortung zu tragen, spricht. In unserer Gesellschaft, die durch politische Fronten und immer härter werdende Verteilungskämpfe in ihrer menschlichen Substanz bedroht wird, in der das Ringen um die richtige politische Entscheidung den demokratischen Grundkonsens gefährdet, in einem politischen System, von dem der sozialdemokratische Wissenschaftler Richard Löwenthal sagt, daß es allein in der Lage sei, die Herausforderung der Industriegesellschaft zu bewältigen – ist Toleranz, ist Verständigungsbereitschaft, ist der Versuch, Konflikte nicht zu verschärfen, sondern sie zu lösen und Brücken zu schlagen zwischen widerstrebenden Standpunkten, eine notwendige Aufgabe. Das Bekenntnis zum freiheitlichen Rechtsstaat, zu seinen Grundwerten und zu einer Erziehung, vor allem in Schule und Gemeinde, die Toleranz als Ausdruck verantwortlich ausgeübter Freiheit begreift, kann hierzu einen Beitrag leisten.

Allein, die Forderung, demokratische Grundüberzeugungen in unserer Gesellschaft zu stärken, der politisch-moralischen Wertordnung neue Kraft zu geben und staatsbürgerliche demokratische Tugenden zur Geltung zu bringen, wird sofort wieder durch die fatale Neigung zur Larmoyanz und Selbstgerechtigkeit, den Zug zur Freiheit ohne Verantwortung, der seinen Ausweg entweder in der Revolte oder in der Frustration sucht, in Frage gestellt. Es ist oft genug gesagt worden, daß die Angst und die Krisen dieser Welt ein Anstoß, aber kein Ersatz für Politik sind. Trotzdem habe ich den Eindruck, daß die Angst, nicht zuletzt auch in bestimmten kirchlichen Kreisen, geradezu kultiviert wird, daß am Ende dieser Entwicklung die Lust am Untergang geradezu zum Lebensziel erhoben wird.

Es ist Aufgabe einer Politik der geistigen Wende, diese Angst und Unsicherheit zu überwinden.

Wenn wir heute das Werk des Reformators Martin Luther wieder in unsere Erinnerung zurückerufen, sollten wir uns bewußt werden, daß er die Freiheit des „Christenmenschen“, die sich im Dienst an Gott und an den Mitmenschen bewährt, als unwiderrufliche reformatorische Erkenntnis, die inzwischen zum Gemeingut der christlichen Kirchen geworden ist, ausgesprochen hat. Der Apostel Paulus schreibt in seinem Brief an die Galater (5. Kapitel, Vers 1 und 13): „Christus hat uns befreit, damit wir Freiheit hätten. . .“

„Ihr seid dazu bestimmt, Brüder, freie Menschen zu sein! Das bedeutet nicht, daß ihr eure Freiheiten mißbrauchen sollt, um euch auszuheben, es bedeutet, daß ihr einander lieben und dienen sollt.“

Gemeint ist die Freiheit in der Verantwortung vor Gott und den Menschen, unserem Nächsten, oder wie Dietrich Bonhoeffer es in seiner „Ethik“ ausgedrückt hat: „Verantwortung und Freiheit sind einander korrespondierende Begriffe. Verantwortung setzt sachlich – nicht zeitlich – Freiheit voraus, wie Freiheit nur in der Verantwortung bestehen kann. Verantwortung ist die in der Bindung an Gott und den Nächsten allein gegebene Freiheit der Menschen“ (Ethik, Seite 193).

Diese Aussage befreit uns zu politischem Handeln. Ich sehe den besonderen ethischen Beitrag der Kirche darin, zu erklären, daß der, der nach seinem Gewissen entscheidet, durch Christus befreit ist, Verantwortung zu tragen, Schuld auf sich zu nehmen. Ohne Übernahme von Schuld ist kaum eine Entscheidung im Leben denkbar, Oder, um noch einmal Dietrich Bonhoeffer zu zitieren: „Wer Verantwortung und Schuld auf sich nimmt – und kein Verantwortlicher kann dem entgehen – der rechnet sich selbst und keinem anderen diese Schuld zu und steht für sie ein, verantwortet sie. Er tut es nicht in dem frevelnden Übermut seiner Macht, sondern in der Erkenntnis, zu dieser Freiheit genötigt und in ihr auf Gnade angewiesen zu sein. Vor den anderen Menschen rechtfertigt den Mann der freien Verantwortung die Not, vor sich selbst spricht ihn sein Gewissen frei, aber vor Gott hofft er allein auf Gnade“ (Ethik, Seite 192 ff.).

Diese Gewißheit rechtfertigt es, daß wir der Angst mit Zuversicht entgegentreten und diese überwinden. Blicken wir auf die Christen in der DDR, die sich fragen, wo in der Alltagswelt dieses Staates die „Freiheit eines Christenmenschen“ bleibt. Sie haben Grund zur Angst. Dietrich Strothmann schrieb in der „Zeit“ vom 18. November 1983: „Die Welt, in der sie leben: Planerfüllung, Indoktrination, Haß-Pädagogik, Überwachung – von Kindesbeinen an. Und wenn sich einer als Christ bekennt, wie der Leiter einer Industrie-Brigade, hat er keine Chance mehr, Karriere zu machen; wenn er sich, seines Glaubens wegen, sträubt, einseitigen Resolutionen zuzustimmen, droht ihm eine Verwarnung; wenn er seinen Sohn im Widerstand gegen die Wehrerziehung im Schulunterricht unterstützt – sogar in den Mathematik- und Physikstunden –, wird er aus den Elternbeiräten geworfen; wenn er selbst in einen solchen geschlossenen Gemeindegemeindekreis als neues Mitglied eintritt, wird er anfangs als Spitzel beargwöhnt.“

Die Lage der Menschen im anderen Teil Deutschlands ist bedrückend. Sie fragen, was nach dem Ende des Jubeljahres von Martin Luther das Schicksal der Christen sein wird. Es wird unsere Aufgabe als Evangelischer Arbeitskreis sein, die Hoffnung der Menschen dort nicht zu enttäuschen, sie auch in den kommenden Jahren zu besuchen und damit ein Beispiel christlicher Solidarität zu geben.



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU des Rheinlandes hat in den vergangenen zwei Jahren in vielen ethischen und politischen Fragen einen klaren Standpunkt bezogen. Er hat seine Aufgabe aber auch in dem Bemühen gesehen, die Fronten nicht zu verhärten, die Gräben nicht zu vertiefen, sondern Brücken zu schlagen. Denn nur eine umfassende Koalition der Gutwilligen, die ihre Entscheidungen nach dem Maßstab des Gewissens und der Vernunft treffen, gibt dem bürokratischen Staat und der freiheitlichen Gesellschaft Sicherheit und eine Zukunft. Wir werden uns von diesem Weg nicht abbringen lassen. Das ist uns erneut bewußt geworden, daß das der Reformation die Zuversicht ist.

Zur Diskussion gestellt:

Empfehlung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands zur Friedensdiskussion

Die Diskussion um Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens ist nicht beendet. Sie darf es nicht sein, weil Frieden in Freiheit das Ergebnis immerwährender Ringens um Gerechtigkeit durch Ausgleich von Interessen ist.

Auf dem „Weg des Friedens“ einander nicht loszulassen, und unseren Friedenswillen durch Worte und Taten glaubhaft zu machen, dazu ermahnen nachfolgende Empfehlungen des CJD.

„Die Welt, in der wir leben, ist friedlos. Streit und Hader, Haß und Neid sind Wesenszüge des Menschen. Der Evangelist Matthäus berichtet in Kapitel 24, daß Jesus in seinen Abschiedsreden uns sagt: „Krieg und Kriegsgeschrei werden nicht aufhören“. Deshalb sind Demonstrationen gegen das Aufstellen von Waffen ebenso ein „modernes Kriegsgeschrei“, wie das Aufstellen von Waffen, um durch ihre Abschreckung den Frieden zu erhalten. In dieser Welt aber bleiben Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht; auch dies ist uns Christen verheißen.

Jesus selbst hat es sich vorbehalten, diesen Grundzustand der Welt und des menschlichen Wesens bei seiner Wiederkunft zu verändern. Erst er bringt uns den ewigen Frieden auf diese Welt. Dann werden Schwerter zu Pflugscharen.

Der Christ weiß, daß er durch Jesu Tat am Kreuz auf Golgatha mit Gott versöhnt ist und deshalb ein Friedensbringer sein muß und sein kann. Allein für den Christen gilt deshalb der Ruf Jesu in der Bergpredigt „Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen“. Man kann also an nichts so klar und deutlich erkennen, ob ein Mensch ein Kind Gottes ist oder nicht, als wenn er zum Friedensstifter wird oder wenn er sich am Streit und Haß, Neid und Zank seiner Mitmenschen beteiligt. Wie aber können wir als Christen Frieden stiften?

Jesus selbst hat uns zugesagt, daß wir mit dem Gebet Berge versetzen können. Christen beten ununterbrochen für den Frieden. Nach dem Johannesevangelium hat Jesus in seinem hohepriesterlichen Gebet seinen Vater angerufen, er möge doch helfen, daß die Christen eins seien, damit die Welt erkenne, daß Gott Jesus für uns in diese Welt gesandt hat.

Christen haben deshalb zunächst den Auftrag, untereinander zur Einigkeit hinzuführen.

Jesus selbst hat in der Bergpredigt sodann dazu aufgerufen, „Selig sind die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott schauen“. Christen haben deshalb alles mit einem reinen Herzen durchzuführen, vor allen Dingen in der Familie, der Ehe und im Begegnen der Geschlechter. Jährlich werden trotzdem in der Bundesrepublik Deutschland über 100 000 Ehen geschieden. Welch eine Manung an die Christen!

Jesus selbst hat uns aufgetragen, die Feinde zu lieben. Wie weit sind wir Christen davon noch in unserem Alltagsleben entfernt?

Das Eintreten für den Frieden in dieser Welt ist eine Aufgabe, die uns sündige Menschen an die Grenze unserer Möglichkeiten führt. Auch der Einsatz für den Frieden kann Schuld mit sich bringen. Das Wissen um Vergebung läßt uns jedoch immer neue Schritte zum Frieden wagen.

Nicht jeder, der Frieden sagt, meint den Frieden in diesem Sinne. Sie sagen „Frieden“ und stiften Unfrieden.

Wir wollen Gott für uns selbst um seinen Frieden bitten und für den Frieden arbeiten, indem wir Gottes schöpferischen Geist in uns arbeiten lassen und selbst an uns arbeiten.

Wir wollen an Gottes Wort unser Gewissen schärfen, unsere Werte

überprüfen und daraus Orientierung und Kraft zu einem neuen Lebensstil gewinnen.

Wir wollen, wenn wir nicht demonstrieren, Demonstranten in ihrem Anliegen zu verstehen versuchen.

Wir wollen, wenn wir demonstrieren, allen so begegnen, daß der Friedenswille durch unsere Worte und Taten glaubhaft wird. Wir wollen uns deshalb den Friedenswillen gegenseitig nicht absprechen, sondern einander achten und uns auf dem Weg des Friedens nicht loslassen.

Wir wollen den einzelnen Menschen als Gottes Geschöpf sehen, ob er Soldat oder Zivildienstleistender, Demonstrant oder Polizist ist, für alle gilt: „Haltet, soviel an euch liegt, mit allen Menschen Frieden“ (Röm., 12, 18).

Wir wissen aber, daß der Friede Gottes höher ist, als alle Vernunft, und daß er allein unsere Herzen bewahren kann in Jesus Christus unserem Herrn, mutig zu leben trotz Krieg und Kriegsgeschrei.

Welche Handlungsanweisung in der gegenwärtigen Friedensdiskussion ergibt sich daraus für uns Christen ganz konkret?

1. Wir können aus einer Jünger-Anweisung, wie diese in der Bergpredigt vorliegt, nicht ein allgemeines Weltgesetz machen.

Den vollkommenen Frieden, den die Bergpredigt im Auge hat, schenkt nur Gott. Wir müssen in der Unvollkommenheit menschlichen Tuns leben.

Der einzelne kann sich für die absolute Gewaltlosigkeit entscheiden. Er muß dabei evtl. mit dem persönlichen Martyrium rechnen, insbesondere, wenn er dies nicht in einer gesetzlich geordneten freien Lebenswelt tut.

2. Der Politiker hat Unrecht und Gewalt von den Menschen fernzu-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Prof. Dr. Roman Herzog; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Rechtsanwalt Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

5931*0100-003896 PAK. 16/ 9

BLECKMANN, HANS

FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF \$\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

halten, für die er tätig ist. Dies ergibt sich aus dem Gebot der Nächstenliebe. Wenn so die staatliche Gewalt dem Unrecht und der Unterdrückung widersteht, die Menschenrechte respektiert und schützt, beweist sie, daß sie im Dienste Gottes steht.

Das Gebot der Feindesliebe fordert nicht, daß wir uns unterwerfen oder anbiedern.

Allerdings verlangt das Wort Jesu in der Bergpredigt von uns, daß die Christen sich auf jeden Fall vom Denken an Vergeltung freihalten, daß sie Konflikte friedlich lösen und damit auch einen Kompromiß mit dem Gegner anstreben. Dies gilt sowohl für diejenigen unter uns, die in

der gegenwärtigen Situation mit der Abschreckung den Frieden erhalten wollen, als auch für diejenigen, die auf jede Abschreckung verzichten möchten, in der Hoffnung, dadurch noch ein besseres Beispiel für den Friedenswillen der Christen zu erbringen.

3. Wir alle wollen uns für den Abbau jeder Rüstung einsetzen und dies in all den Verantwortlichkeiten, in denen wir stehen, ständig ansprechen, so daß langsam in dieser Welt das „Kriegsgeschrei“ durch Worte der Friedenssehnsucht über-tönt werden kann.

4. In der gegenwärtigen Friedensdiskussion stehen wir in einer besonderen Verantwortung gegenüber allen Menschen.

Christen haben den Auftrag, das Evangelium von Jesus Christus zu bezeugen und es durch ihre Lebenswirklichkeit erfahrbar zu machen.

Die Predigt Jesu zwingt zur persönlichen Entscheidung. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen hierbei zu begleiten und ihnen die Konsequenzen ihrer Entscheidung aufzuzeigen.“



Meinungsäußerungen erbeten an:

Christliches Jugenddorfwerk

Deutschlands e.V.

Panoramastraße 55

7320 Göppingen

Telefon (0 71 61) 2 30 30

Buchbesprechungen

„Die Barmer Theologische Erklärung — Einführung und Dokumentation“, Hrsg. von Alfred Burgsmüller und Rudolf Weth, Geleitwort von Eduard Lohse, Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn, 5,80 DM.

Neben dem Text der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 enthält diese rechtzeitig zum Gedenkjahr erschienene Schrift weitere wichtige Beschlüsse der Barmer Synode wie die „Erklärung zur Rechtslage“ und die „Erklärung zur praktischen Arbeit“. Darüber hinaus findet man einen Rückblick auf das Ereignis von Barmen durch den Zeitzeugen Präses i. R. Dr. Dr. Joachim Beckmann, Informationen zur Entstehungsgeschichte und einen Überblick über die Aufnahme der Theologischen Erklärung in den Grundordnungen der verschiedenen Landeskirchen und den am 18. Januar 1983 verabschiedeten gemeinsamen Text einer Arbeitsgruppe

aus der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zur gegenwärtigen Bedeutung der Theologischen Erklärung: „Barmen 1934/1984“.

„Halt im Wetterwind“, Hermann Lutze, Rheinland-Verlag GmbH Köln, 25,- DM.

Das Buch ist über das Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Hans-Böckler-Straße 4, 4000 Düsseldorf 30 zu beziehen und enthält Erlebnisse und Erfahrungen aus acht Jahrzehnten des zu den letzten Überlebenden der Barmer Reichsbekennnissynode zählenden Hermann Lutze. Der 1903 in Köln geborene Theologe nahm als Abgeordneter des Hunsrücks an der Synode in Barmen 1934 teil. „Hunsrück-bischof“ nannte man scherzhaft den für die Bekennende Kirche streitenden Pfarrer. Gerade die Barmer Zeit spielt in

den Erinnerungen eines der engsten Freunde Paul Scheiders eine bedeutende Rolle. Dennoch belassen es seine Lebensschilderungen nicht bei der Darstellung amtlicher Aufgaben. Kapitel wie „Rundfunk“, „Ökumene“, „Politik“ und „Literatur“ lassen erahnen, welche Anregungen von diesem temperamentvollen Rheinländer ausgingen. Noch wenige Wochen vor Beginn des Zweiten Weltkrieges gründete Lutze einen Kreis evangelischer und katholischer Theologen und Laien, die das Ökumenische zu fördern suchten. So zählte er mit Gustav Heinemann, Otto Schmidt und Hans Encke auch zu den evangelischen Mitbegründern der rheinischen CDU im Herbst 1945.

So flüssig und pointiert, so durchdacht und belesen, wie Hermann Lutze zu erzählen und zu argumentieren versteht, so sind auch seine Lebenserinnerungen geschrieben.